

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 12.02.2026

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 20:03 Uhr

Ende: 22:08 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich
Erster Bürgermeister Setzer
als Vorsitzender

und 19 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Dr. Balz
StR Bauer, Axel
StR Belyy
StR Dr. Brunold
StR Dobler
StR Franke
StR Gerg
StR Gül
StR Häußler
StR Hettich
StR'in Kirschbaum
StR'in Konrad
StR'in Kress
StR'in Kutteroff
StR'in Lohrmann
StR Dr. Schwarze
StR Dr. Schweizer
StR'in Sturm
StR Vollmer

Abwesend:

StR Bauer, Jörg
StR Härtner
StR'in Klinghoffer
StR Michelfelder
StR Rupp
StR'in Dr. Ulfert
StR Weller

Außerdem anwesend:

Verwaltungsdezernent Mäule
Soz.- und Kulturdez.'in Wüllenweber
Frau Ringle
Herr Thomaier
Herr Ellrott
Herr Kleibner
Herr Großmann
Frau Föll
Herr Kaltenleitner
Herr Gauger
Frau Leberherz
Herr Steffen
Herr Schell
Frau Amofh
Herr Ulver
Herr Volz
Frau Riester
Frau Braun
Herr Schumacher
Frau Schaab
OV'in Bobleter
OV Rall

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 11 Beratung der haushaltsrelevanten Anträge zum Haushaltsplan 2026
- § 12 Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2026 - 2029, sowie der Wirtschaftspläne 2026 u. der Finanzpläne mit Investitionsprogramm 2026 - 2029 der EB Stadtentwässerung und Baulandentwicklung
- § 13 Beschluss über die Verlängerung der Veränderungssperre nach §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans und örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang
- § 14 Annahme von Zuwendungen
- § 15 Beantwortung weiterer Anträge im Rahmen der Haushaltsplanung 2026
- § 16 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 19 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 11

Beratung der haushaltsrelevanten Anträge zum Haushaltsplan 2026

Oberbürgermeister Friedrich tritt ein und übernimmt den Vorsitz.

Der Vorsitzende führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Antrag AN/102/24 der Jungen Liste

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag:

„Wir beantragen die Anschaffung eines neuen oder gebrauchten Radbaggers für maximal 150.000€ für den städtischen Baubetriebshof.“

Herr Kaltenleitner führt anschließend aus:

„Besonders in den Bereichen Hochwasserschutz, Grabenreinigung und Tiefbauarbeiten kann ein Radbagger für den Baubetriebshof sehr nützlich sein. Nach Prüfung der Anforderungen wird ein Leistungsverzeichnis erstellt. Die Anschaffung soll, wenn es geeignete Bagger in diesem Preissegment gebraucht gibt, unterjährig erfolgen. Die Anschaffung soll ggf. unterjährig erfolgen, wenn freie Mittel im HH durch Minderausgaben erkennbar sind.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 19 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 12

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2026 - 2029, sowie der Wirtschaftspläne 2026 u. der Finanzpläne mit Investitionsprogramm 2026 - 2029 der EB Stadtentwässerung und Baulandentwicklung

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 der Stadt Backnang

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 der Stadt Backnang werden entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf beschlossen. Der Wortlaut der Haushaltssatzung ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

2. Wirtschaftsplan 2026 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 wird entsprechend des als Anlage 2 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2026 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang sowie der

Finanzplan mit Investitionsprogramm 2026 – 2029 wird entsprechend des als Anlage 3 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 19 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 13

Beschluss über die Verlängerung der Veränderungssperre nach §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans und örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat der Stadt Backnang hat in seiner Sitzung am 29.02.2024 die Aufstellung des Bebauungsplans und örtliche Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis Sulzbacher Straße 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang beschlossen. Ebenso wurde in der Sitzung am 29.02.2024 die Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis Sulzbacher Straße 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang beschlossen.

Das Bebauungsplanverfahren steht vor dem Abschluss. Aktuell werden die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen gesichtet sowie der abschließende Abwägungsvorschlag ausgearbeitet. Der Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat ist in Kürze vorgesehen.

Die beschlossene Veränderungssperre wurde am 02.03.2024 öffentlich bekanntgemacht. Die Veränderungssperre tritt somit zeitnah außer Kraft. Das Bebauungsplanverfahren kann nicht bis zum Ablauf der Veränderungssperre zum Abschluss gebracht werden. Daher ist eine Verlängerung der Veränderungssperre erforderlich.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Aufgrund der §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 4 GemO für Baden-Württemberg für den Geltungsbereich des Bebauungsplans und örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis Sulzbacher Straße 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang folgende

Satzung über eine Veränderungssperre

(Verlängerung)

zu erlassen:

- (1) Die vom Gemeinderat am 29.02.2024 beschlossene Veränderungssperre zur Sicherung der Planung für den Bereich des künftigen Bebauungsplans und örtlichen Bauvorschriften „Sulzbacher Straße“, Neufestsetzungen im Bereich der Grundstücke „Berliner Ring 70 und 70/1, Sulzbacher Straße 162 bis Sulzbacher Straße 180“, Planbereich 04.16/4 in Backnang wird entsprechend § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr verlängert.
- (2) Der Geltungsbereich der Veränderungssperre ist in dem Lageplan des Stadtplanungsamts vom 07.02.2024 durch Schraffur gekennzeichnet. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.
- (3) Im Gebiet der Veränderungssperre dürfen
 - a) Vorhaben i. S. d. § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
 - b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft sobald der Bebauungsplan für das von der Veränderungssperre betroffene Gebiet rechtsverbindlich ist, spätestens jedoch nach Ablauf von einem Jahr.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 19 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 14

Annahme von Zuwendungen

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Die von der Stadt gemäß § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung entgegengenommenen Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden zur Annahme vorgelegt.

Die aufgelisteten Zuwendungsangebote (lt. Anlage) wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats entgegengenommen. Ihrem Zuwendungszweck entsprechend sollen alle Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Die Verwaltung schlägt vor, der Annahme aller in der beigefügten Liste aufgeführten entgegengenommenen Zuwendungen für den jeweils angegebenen Zuwendungszweck zuzustimmen.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Die entgegengenommenen Zuwendungsangebote der anbei aufgelisteten Zuwendungsgeber (lt. Anlage) werden für die angegebenen Zuwendungszwecke angenommen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 17 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 15

Beantwortung weiterer Anträge im Rahmen der Haushaltsplanung 2026

Frau Kutteroff tritt ab.

Der Antrag AN/109/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Die CDU-Fraktion beantragt eine Haushaltsstrukturkommission 2026 für die Aufstellung des Haushaltes 2027 einzusetzen. Diese hat 2025 gute Arbeit geleistet. Da absehbar auch 2027 weitere Maßnahmen zur Deckung des Haushaltes notwendig sein werden, soll die Haushaltsstrukturkommission auch 2026 eingesetzt werden“

Frau Braun führt aus:

„Die Stadtverwaltung steht dem Vorschlag offen gegenüber. Die Beratungsfolge für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2027 wird daher im ersten Schritt dem Ältestenrat vorgeschlagen. Siehe Antrag AN 103/24“

Stadtrat Häußler teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/110/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen, dass die Suchfunktion in Mandatos entscheidend verbessert wird. Aktuell ist eine Recherche nur möglich, wenn man sich an das Datum der Sitzung erinnert und dort die Unterlage sucht.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Die Stadtverwaltung hat mit dem Softwarehersteller Kontakt aufgenommen, um die Suchfunktion insbesondere im Hinblick auf die künftig digital erfassten Protokolle zu erweitern bzw. zu verbessern.“

Stadtrat Hettich regt an, eine Schulung anzubieten.

Verwaltungsdezernent Mäule teilt mit, eine Schulung könne jederzeit durchgeführt werden.

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/111/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen eine übersichtlichere Darstellung für die Liste der Ermächtigungsüberträge insbesondere für unsere Investitionsmaßnahmen. Dabei soll eine zusätzliche Spalte aufgenommen werden, wann diese Maßnahme erstmalig veranschlagt wurde. Der Name der Maßnahme (des Produktes) sollte möglichst textlich benannt werden zusätzlich zu der bereits aufgeführten Produktnummer sowie eine Information über den aktuellen Projektstand.“

Frau Braun führt aus:

„Das Thema wird im Rahmen der vorläufigen Jahresrechnung behandelt; die Maßnahmen werden künftig mit den entsprechenden Informationen hinterlegt.“

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/112/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat, welche Bauvorhaben zur Schaffung von Wohnraum auf der Basis des § 246 e (BauGB) („BauTurbo“) genehmigt werden sollen.“

Herr Kleibner verweist auf den Ausschuss für Technik und Umwelt und führt aus:

„Im ATU 26.02.2026 wird ein Sachstandsbericht zum Thema "Bauturbo" erstattet.“

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/113/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen eine Liste aller Projektstellen aufzustellen. Dabei soll vermerkt werden, welche Stellen noch gefördert werden und wo der Förderungszeitraum bereits beendet ist. Ziel

ist eine transparente Darstellung der Kosten für den städtischen Haushalt.“

Herr Ulver verweist auf das Beiblatt in der Anlage.

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/114/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen, für die Kindergartenbedarfsplanung zusätzlich eine längerfristige Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen von mindestens 5 Jahren, damit Maßnahmen zu Veränderungen der Anzahl der Gruppen und Bedarfe einen etwas längeren Vorbereitungszeitraum erhalten.“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber führt aus:

„Die Bedarfsplanung im vorschulischen Bereich ist schwer zu prognostizieren. Die aktuell stark rückläufige Geburtenzahl war so nicht prognostiziert. Auch der Rückgang des Zuzuges von Menschen mit Fluchthintergrund ist schwer über Jahre im Voraus zu prognostizieren. Die Verwaltung empfiehlt bei der Bedarfsplanung weiter auf Sicht zu planen. Um auch zukünftig kurzfristig auf sich verändernde Bedarfe im schulischen und vorschulischen Bereich zu reagieren, sollte auch weiterhin auf hochflexible Angebote gesetzt werden. Aktuell wird von biregio die Prognosen für die Schulentwicklungsplanung aktualisiert. Die Verwaltung wird diese Planung mit dem Auftrag ergänzen, auch die Entwicklung im vorschulischen Bereich zu prognostizieren. Die Kosten für diesen Ergänzungsauftrag werden rund 4000 Euro betragen, die im Haushalt als Planungsmittel eingestellt sind.“

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/115/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht zur möglichen Nachnutzung der Kindertagesstätte Bregenzer Straße.“

Herr Gauger führt aus:

„Vorbehaltlich der Umbaukosten und der Zustimmung durch den Gemeinderat kann sich die Verwaltung eine medizinische Nutzung der bisherigen KITA Bregenzer Straße in Maubach vorstellen. Interesse ist vorhanden“

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/116/24 der CDU-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, wie der Hochwasserschutz entlang der Straßen, Gewässer und Uferzonen verbessert werden kann, insbesondere die Vermeidung von Engstellen in Bachläufen und Entfernung von Ablagerungen in den Schmutzfängern der Straßenentwässerung, zum Schutz vor Gefährdungen bei Starkregenereignissen.“

Herr Kaltenleitner verweist auf den Ausschuss für Technik und Umwelt und führt aus:

„Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung im ATU wird fortlaufend über den Sachstand zum Hochwasserschutz berichtet.“

Stadtrat Häußer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/094/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung nimmt zeitnah, d.h.im Haushaltsjahr 2026, Stellung zu unseren teilweise mehrfach vorgelegten, aber bislang nicht beantworteten Haushaltsanträgen.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Insgesamt wurden in der aktuellen Amtsperiode 90 Anträge eingereicht, wovon 48 bereits abschließend beantwortet wurden. Somit stehen insgesamt noch 42 Anträge zur Beantwortung aus. Zusätzlich sollen die im Rahmen der Haushaltsreden für das Jahr 2026 gestellten 43 Anträge heute beantwortet werden. Die Beantwortungen erfolgen im zuständigen Ausschuss für Technik und Umwelt.“

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/095/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung gestaltet den Kreisverkehr an der Plaisirschule so um, dass ein Überfahren der Mittelinsel nicht mehr möglich ist und damit die Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere Schülerinnen und Schüler, verlässlich erhöht wird.“

Herr Großmann führt aus:

„Die Ringstraße muss von allen Fahrzeugen uneingeschränkt befahrbar sein. Die Fahrgeometrie des Kreisverkehrs macht deshalb eine überfahrbare Mittelinsel zwingend erforderlich, andernfalls muss wieder eine vorfahrtsgeregelte Kreuzung eingerichtet werden. Im Zusammenhang mit der Schulwegeplanung werden umfassend Maßnahmen für die Verkehrssicherheit rund um die Plaisirschule geprüft. Zu Beginn des Schuljahres 2026/27 wird eine Bestandsanalyse an der Plaisirschule angestrebt, die bis zum Ende des Schulhalbjahres abgeschlossen wird. Im Anschluss wird unter Berücksichtigung der Analyseergebnisse, Begehungen und Workshops ein Schulwegplan und ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Im Sinne der Verbesserung der Verkehrssicherheit wird vorgezogen die Einrichtung einer Lichtsignalanlage auf dem Berliner Ring geprüft. Für den Taus-Campus ist die Bestandsanalyse abgeschlossen, der neue Schulwegplan wird bis Ende des Schuljahres erstellt. Im ATU am 26.02. erfolgt ein Zwischenbericht.“

Stadtrat Franke fragt, was in kurzfristig getan werden könne.

Der Vorsitzende teilt mit, die Schaltung der Lichtsignale solle kurzfristig angepasst werden, um die Verkehrssicherheit zu steigern.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/096/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung sperrt die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zum 01.07.2026, soweit bis zu diesem Zeitpunkt kein kurzfristig realisierbares Neugestaltungskonzept zur attraktiven Fußgängerzone vorgelegt wird und installiert in Höhe der Einmündung in die Eduard-Breuninger-Straße bergwärts versenkbare Poller, die lediglich die Durchfahrt für Busse, Taxen und Blaulichtorganisationen freigeben.“

Herr Großmann führt aus:

„Gemäß der Beschlusslage des Gemeinderats wird die Umsetzung eines ganzheitlichen Verkehrsberuhigungskonzepts angestrebt, dass die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Eine vorgezogene Sperrung ist insbesondere aufgrund des uneingeschränkten Zufahrtsrechts zur Tiefgarage der Volksbank nicht möglich und würde darüber hinaus im Widerspruch zur vereinbarten Vorgehensweise im Gemeinderat stehen. Die Stadtverwaltung befindet sich derzeit in intensiver Abstimmung mit dem Parkhausbetreiber, um schnellst

möglich die zwingend notwendige Zustimmung der Eigentümergemeinschaft zu erreichen.“

Das Gremium diskutiert kontrovers.

Stadtrat Franke unterstreicht, es wichtig sei, zu handeln. Er bittet ausdrücklich darum, den Punkt dringend auf die Tagesordnung eines der nächsten ATU-Sitzungen zu setzen.

Erster Bürgermeister Setzer teilt mit, der Punkt werde im Ausschuss für Technik- und Umwelt am 26.03.2026 auf die Tagesordnung gesetzt.

Stadtrat Hettich schlägt vor, anstelle eines Pollers im Bereich der Eduard-Breuninger-Straße einen Blitzler aufzustellen.

Herr Großmann nimmt diesen Vorschlag auf.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/097/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung lädt Vertreterinnen des Regierungspräsidiums und des VVS ein, um detailliert über die geplanten Umleitungen, die veränderten Schulwege und den Schienenersatzverkehr im Zuge des weiteren Ausbaus der B 14 zu informieren. Dabei soll auch die Bevölkerung frühzeitig und fortlaufend über die Konsequenzen aus der Sperrung der B 14 und den Bahnlinien Richtung Stuttgart und Ludwigsburg unterrichtet werden.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Ein entsprechendes Konzept wird derzeit in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, sowie den von der Umleitungsstrecke betroffenen Kommunen und dem ÖPNV erarbeitet. Eine Vorstellung ist rechtzeitig vor der ersten Sperrphase der B14 vorgesehen. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit ist bei dieser Baumaßnahme von größter Bedeutung. Daher werden die Pressemitteilungen des Regierungspräsidiums durch zusätzliche Berichte und Hinweise mittels den städtischen Veröffentlichungsmedien unterstützt, um eine möglichst breite Reichweite zu entfalten.“

Das Gremium diskutiert kontrovers.

Verwaltungsdezernent Mäule fügt hinzu, auf dem Schülerverkehr liege ein besonderes Augenmerk. Es solle möglichst frühzeitig informiert werden.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/098/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung schreibt zeitnah das aktuelle Katastrophenschutzkonzept unter besonderer Berücksichtigung geplanter Maßnahmen bei großflächigen Stromausfällen fort und prüft, inwieweit in den Sporthallen „Insellösungen“ zur Stromversorgung aufgebaut werden können und ob ebenso im geplanten Neubau des THW eine vergleichbare Möglichkeit besteht.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Das städtische Katastrophenmanagement wird fortlaufend auf aktuelle Gefahrenlagen angepasst. Die Feuerwehrehäuser-Mitte und -Süd, sowie die Murrthal-Arena und zwei Verwaltungsgebäude sind bereits in der Lage im Notfall autark versorgt zu werden. Für Bürger gibt es bei einem Stromausfall eingerichtete "Notfalltreffpunkte" als Anlaufstelle, die unter anderem mit Strom versorgt werden. Detaillierte Informationen stehen auf der städtischen Homepage unter der Rubrik "Katastrophenschutz" zur Verfügung. Mit der THW Ortsgruppe Backnang steht die Stadtverwaltung in engem Austausch und wird die Anregung mit aufnehmen. Grundsätzlich ist es jedoch gerade in Katastrophenfällen von immenser Bedeutung die Einsatzgebäude der Rettungs- und Hilfsorganisationen einsatzbereit zu halten und nicht anderen Zwecken zuzuführen.“

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/099/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Zur Entlastung der Verwaltung und auch aus wirtschaftlichen Gründen beantragen wir, künftig auf zeit- personal- und kostenintensive Planungen zu verzichten, die voraussichtlich nicht in einem überschaubaren Rahmen verwirklichtbar sind und unrealistische Erwartungen wecken.“

Der Vorsitzende führt aus:

„Im Zuge der aktuell angespannten Haushaltslage wird der Antrag befürwortet und begrüßt. Die Verwaltung wird sich daher unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Finanz- und Personalressourcen auf wesentliche Planungen konzentrieren. Dem Gemeinderat als Hauptorgan der Stadt, kommt dabei eine zentrale Rolle bei der Orientierung an den genannten

Grundsätzen für städtische Planungen zu.“

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/100/24 der SPD-Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, an den Backnanger Schulen ein vergleichbares Pausenvesperangebot zu machen, nachdem vermehrt festgestellt wird, dass manche Kinder ungefrühstückt in den Unterricht kommen.“

Sozial- und Kulturdezernentin verweist auf den Schulbeirat im April.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/074/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen ein Konzept zu entwickeln, wie der Fuhrpark der Stadt klimaneutral wird.“

Herr Ulver führt aus:

„Die Dienstanweisung Beschaffung der Stadt Backnang vom März 2025 sieht bereits klare Vorgaben für eine klimafreundliche Beschaffung von Fahrzeugen vor. Dabei sind Elektroantriebe vor Hybrid- und Verbrennermotoren zu priorisieren. Ein Wechsel zur nächsten Stufe ist nur bei zwingenden Gründen und in Abhängigkeit der geplanten Nutzung möglich.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/075/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen, bis zum Sommer, ein Konzept vorzustellen, wie der Verkehr während der Sperrung der B14 durch Backnang geleitet wird.“

Der Vorsitzende verweist auf die Beantwortung des Antrags AN 097/24.

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/076/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen das Anbringen eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mühlstraße in die Schöntaler Straße“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Durch die bauliche Entwicklung in der Mühlstraße hat sich die Verkehrsdichte im Einmündungsbereich der Schöntaler Straße erhöht. Der Kreuzungsbereich wird daher auf eine verbesserte Einsehbarkeit hin von der Verkehrsbehörde geprüft.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/077/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Laub ist kein Abfall, sondern kostenloser Dünger. Wir beantragen, das Laub so in allen städtischen Anlagen bleiben soll das für Igel, Amsel und CO. Habitate geschaffen werden.“.

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Wo immer möglich, wird das Laub auf öffentlichen Flächen belassen. Dies spart Zeit und Kosten für den Baubetriebshof. Von dieser Vorgehensweise wird abgesehen, wenn dadurch gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. Kastanienminiermotte) oder negative Auswirkungen auf Nachbargrundstücke durch Verwehungen zu befürchten sind.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Stadträtin Kutteroff tritt ab.

Der Antrag AN/078/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Benzin betriebene Laubbläser verursachen starken Lärm und Abgase. Wir beantragen die Umstellung auf Akku betriebene Geräte.“

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Im Baubetriebshof werden zu 2/3 bereits akkubetriebene Laubbläser eingesetzt. Auf die benzinbetriebene Variante kann aus Leistungsgründen noch nicht vollständig verzichtet werden.“

Der Vorsitzende teilt mit, bei Ersatzbeschaffungen seien Elektrogeräte immer die erste Wahl.

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/079/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Es gibt immer mehr Kinder mit gesundheitlichen Auffälligkeiten, z.B. Übergewicht. Die Verwaltung überprüft die Einführung von Gesundheitslotsen, die auch die Eltern beraten können. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Stadt eine heilpädagogische Einrichtung, als Angebot für die Verwaltungsgemeinschaft, einrichten kann.“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber verweist auf eine der kommenden Sitzungen des Jugend- und Sozialausschusses.

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/080/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen, die Parkzeit an der unteren Schöntaler Straße zu befristen.“

Frau Braun führt aus:

„In dem Bereich der unteren Schöntaler Straße wird die Parkzeit analog dem Bereich auf Höhe der Aspacher Straße 41 "Anwohnerparken und Höchstparkdauer 2 Stunden von Montag bis Freitag 7 - 19 Uhr und am Samstag 7 – 16 Uhr" begrenzt. Im Zuge der Entwicklung und Ausarbeitung des neuen Parkraumkonzeptes werden diese Parkflächen einbezogen und überprüft.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/081/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen die Einführung einer Pferdesteuer.“

Frau Braun führt aus:

„In Baden-Württemberg wird von keiner Kommune eine Pferdesteuer erhoben. Bundesweit wird lediglich in einer Kommune in Hessen eine Pferdesteuer erhoben. Reiten ist vom Deutschen Olympischen Sportbund als Gesundheitssport anerkannt. Darüber hinaus entstünden den örtlichen Betrieben Standortnachteile, zudem stehen bürokratischer Aufwand und Ertrag aus Sicht der Verwaltung in keinem vernünftigen Verhältnis. Von der Einführung einer Pferdesteuer wird deshalb abgeraten.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/082/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen die Prüfung einer Seilbahnverbindung vom Biegel zum Bürgerheim“

Herr Großmann führt aus:

„Seilbahnen dienen dem schnellen Transport von Menschen auf direktem Weg. Ihr Einsatz setzt ein dauerhaft hohes Passagieraufkommen voraus. Zudem ist deren Einsatz gerade dann sinnvoll, wenn die Wege lang oder aufgrund von Topographie oder Umwegigkeiten unkomfortabel sind. In diesen Fällen, können die vergleichsweise hohen Kosten für Bau und Betrieb gerechtfertigt sein. Die vorgeschlagene Verbindung vom Biegel zum Bürgerheim erfüllt diese Anforderungen nach Auffassung der Verwaltung nicht. Die Einrichtung einer Seilbahn wäre daher weder städtebaulich sinnvoll noch wirtschaftlich gerechtfertigt.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/083/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Der Weg vom Maubacher Bahnhof hinunter zu den Behelfsbushaltestellen (Schienenersatzverkehr) wird für Fußgänger gesichert und gekennzeichnet“

Herr Kaltenleitner führt aus:

„Die Anregung wird im Zuge der Abstimmung des Schienenersatzverkehrs geprüft und gegebenenfalls umgesetzt.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/084/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Beim Wonnemar kommt es oft zu einem unnötigen Anfahren der oberen Parkplätze. Analog zur Bleichwiese wird eine Anzeige angebracht, wie viele Parkplätze oben noch zur Verfügung stehen.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Der betreffende Parkplatz ist im Pacht- und Betriebsvertrag an den Badbetreiber InterSPA verpachtet. InterSpa plant im Frühjahr die Einführung von kostenpflichtigem Parken auf den Besucherparkplätzen vor dem Hallenbad. Das Fahrzeugkennzeichen des Badegastes soll beim Kommen und Gehen über eine Kamera erfasst werden. Da auf dem Parkplatz vor dem Freibad kein kostenpflichtiges Parken eingeführt wird, geht die Verwaltung davon aus, dass in Zukunft der Parksuchverkehr an den oberen Parkplätzen zurückgehen wird. Es wird daher vorgeschlagen, die zukünftige Entwicklung des Parksuchverkehrs in diesem Bereich abzuwarten und gegebenenfalls in Zukunft nachzusteuern.“

Stadtrat Gül fragt, ob auch der Bring- und Abhol-Verkehr kostenpflichtig sei.

Verwaltungsdezernent Mäule verneint dies.

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/085/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Backnang prüft, ob sie Angebote in die überregionale Erlebniskarte einbringen kann zu Verbesserung des Bekanntheitsgrades von Wonnemar, Stadtführung, Bürgerhaus, Bandhaus, Galerie, Technikforum, Gastronomie“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber verweist auf den Verwaltungs- und Finanzausschuss führt aus:

„Grundsätzlich wird die Idee von der Verwaltung unterstützt. Die umfangreiche Beantwortung erfolgt im zuständigen Verwaltungs- und Finanzausschuss.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/086/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Die Stadtverwaltung prüft, wie der Plattenwald erweitert werden kann. Und zwar in Form eines Landschaftsparkprojektes, welches von der Region Stuttgart bezuschusst würde. Dazu wird Kontakt mit entsprechenden Stellen aufgenommen und Beratung in Anspruch genommen.“

Herr Großmann führt aus:

„Die Prüfung der Randbereiche des Plattenwaldes ergab insgesamt eine schwierige Situation für eine Walderweiterung. Im Nordosten/Osten wird der Plattenwald begrenzt durch die Gemarkungsgrenze zu Oppenweiler, im Süden durch die Murr und im Westen zum Teil durch das Stadtgebiet. Im westlichen Bereich gibt es Konflikte mit landwirtschaftlichen Nutzungen auf leicht zu bewirtschafteten, ebenen Flächen mit sehr guter Bodenqualität (Linkholzäcker, westlich des Waldfriedhofes) oder ökologisch wertvollen Wiesenflächen mit zum Teil Streuobst (Seehoffeld, Starkenfeld, Zeller Weg). Als einzige geeignete Fläche ergibt sich im südöstlichen Randbereich eine Fläche im städtischen Besitz (Bodenhau) und südlich davon ein Streifen entlang der Murr (Murrwiesen), der eventuell zu einem ökologisch wertvollen Auwald entwickelt werden könnte und das FFH-Gebiet entlang der Murr (Murr und Ufergehölze) sinnvoll ergänzen könnte. Leider befindet sich in den Murrwiesen nur eine kleine Fläche in städtischem Eigentum. Eine Abstimmung mit den Forstbehörden und dem Landratsamt (Naturschutz + Gewässer) wird durchgeführt. Bei positivem Bescheid werden Grundstücksverhandlungen veranlasst und die Förderfähigkeit der Maßnahme durch den Verband Region Stuttgart im Rahmen des Landschaftsparksprogramms oder ggf. durch den Naturpark Schwäbisch Fränkischer Wald geprüft. Die Finanzierung könnte eventuell auch in Form einer Anrechnung von Ökopunkten oder naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahme erfolgen.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/087/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Die Stadtverwaltung soll die Planung für den Umbau der Blumen und Stuttgarter Straße mit Verbesserung für den Fuß und Fahrradverkehr angehen und den Umbau im HH2027 einplanen.“

Herr Großmann führt aus:

„Der Umbau der Stuttgarter Straße und Blumenstraße setzt zunächst eine abgestimmte verkehrliche Lösung voraus, insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zur Verbesserung der

Leistungsfähigkeit und städtebaulichen Integration der Adenauerkreuzung. Sobald eine solche verkehrsplanerische Lösung vorliegt, kann im nächsten Schritt die erforderliche Vorentwurfs-, Entwurfs-, sowie Ausführungsplanung erstellt werden. Unter diesen Voraussetzungen wurden für das Haushaltsjahr 2026 keine Haushaltsmittel eingeplant. Im Zuge des in Bearbeitung befindlichen Aktionsplans Mobilität, Klima- und Lärmschutz werden die Blumenstraße und die Stuttgarter Straße sowie die Adenauerkreuzung durch das beauftragte Verkehrsplanungsbüro bearbeitet (Strategische Zielstellung, Musterquerschnitt, zukünftige Funktion im Straßennetz). Zum Beschluss des Aktionsplans werden alle dort erarbeiteten Maßnahmen durch den Gemeinderat priorisiert. Eine bauliche Umsetzung kann erst nach Abschluss der Arbeiten am KAWAG Kreisel erfolgen. Der Schwerpunkt der Straßenbauplanung 2026 liegt auf den durch die Fernwärme tangierten Straßen Heininger Weg, Südstraße, Hohenheimer Straße sowie der Maubacher Straße und den Planungen für Lindenstieg, Heimgarten und Im Blütengarten.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Herr Ellrott tritt ab.

Der Antrag AN/088/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Sprache ist der Zugang zur Bildung. Die Verwaltung prüft, wie eine gleichmäßigere Verteilung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund auf die Kindergartengruppen erzielt werden kann.“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber verweist auf den Jugend- und Sozialausschuss und führt aus:

„Die Beantwortung unter der Abwägung des Sozialraums, der Bedarfsplanung sowie unter pädagogischen Aspekten soll in einem der nächsten JSAs erfolgen.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/089/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Die Verlässlichkeit von privaten Trägern im Kindergarten sinkt durch den Rückgang der Geburtenraten. Die Verwaltung zeigt auf, wie im Krisenfall die Kinder in städtischen Einrichtungen untergebracht werden können bis zum worst case Fall.“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber verweist auf den Jugend- und Sozialausschuss und führt aus:

„Hierbei handelt es sich um eine Frage der Bedarfsplanung/Platzvergabe, die Beantwortung soll in einem der nächsten JSAs erfolgen.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/090/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Wir beantragen ein Konzept, wie und wo freiwerdende Betreuungseinrichtungen für z.B. Tagesbetreuungseinrichtungen für Demenzzranke entstehen können. Denn durch fehlende Elternbetreuungsplätze können u.a. Frauen, welche ihre Eltern pflegen, nicht an der Erwerbsarbeit teilnehmen.“

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber verweist auf den Jugend- und Sozialausschuss und führt aus:

„Hierbei handelt es sich um eine Frage der Bedarfsplanung/Platzvergabe, die Beantwortung soll in einem der nächsten JSAs erfolgen. Zunächst erfolgt die Klärung, wo / welche Räumlichkeiten frei werden. Nach dieser Klärung wird eine Konzeption zur sinnvollen Nachnutzung erarbeitet“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/091/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Für viele Tiere ist Silvester eine „Horrornacht“. Die Verwaltung prüft ein Böllerverbot. Zugelassen sind nur noch Feuerwerke ohne Detonationsgeräusche.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„In den vergangenen Jahren wurde ein auf die Innenstadt begrenztes Abbrennverbort für Feuerwerkskörper erlassen. Ein umfassendes Verbot von Feuerwerkskörpern bzw. eine Regelung für Feuerwerke ohne Detonationsgeräusche ist rechtlich nur auf Bundes- oder Landesebene möglich, da die einschlägigen Regelungen in der Sprengstoffverordnung verankert sind.“

Der Vorsitzende fügt an, sofern die gesetzlichen Gegebenheiten geschaffen werden, sei die

Verwaltung jedoch offen das Verbot auszuweiten.

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/092/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Für viele Baugebiet gibt es ein Pflanzgebot. Alle zwei Jahre soll überprüft werden ob diese Gebote auch eingehalten werden.“

Herr Kleibner führt aus:

„Die Baurechtsbehörde ist mit einer Vielzahl von gesetzlichen Aufgaben konfrontiert. Vor dem Hintergrund der begrenzten Personalressourcen müssen Prioritäten gesetzt werden. Diese liegen in erster Linie bei sicherheitsrelevanten Aufgaben und der fristgerechten Bearbeitung von Bauanträgen im Sinne der Antragsteller. Wenn die Baurechtsbehörde Kenntnis von bauplanungsrechtlichen Verstößen erlangt, geht sie diesen selbstverständlich nach. Nach Erfahrung der Baurechtsbehörde verhält sich der ganz überwiegende Teil der betroffenen Grundstückseigentümer rechtskonform.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/093/24 der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Mikrowälder nach der Dr.Miyawaki Methode sind gut zur Reduzierung der Luftverschmutzung und haben eine hohe CO₂ Aufnahme. Die Verwaltung zeigt auf wo in Backnang diese Wälder möglich sind und wie die Umsetzung stattfinden kann.“

Herr Großmann verweist auf den Ausschuss für Technik und Umwelt und führt aus:

„Die Stadtverwaltung und die Forstverwaltung sehen den Sinn der Micro-Wälder und haben entsprechende Flächen im Stadtgebiet geprüft. Im Rahmen einer ATU-Sitzung werden die Prüfergebnisse vorgestellt.“

Stadträtin Sturm teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/101/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Erneute Prüfung der Errichtung einer Liegewiese an der Murr in der Innenstadt (Flussabwärts des Wehrs am Willy-Brandt-Platz am Südufer der Murr). Dies kann durch regelmäßige Mäharbeiten naturnah und kostengünstig und mit Hilfe eines schottbaren Durchgangs auch im Sinne des Hochwasserschutzes realisiert werden.“

Herr Großmann führt aus:

„Aktuell besteht keine Handlungsmöglichkeit, da der Planfeststellungsbeschluss eine solche Maßnahme nicht vorsieht (Querschnittsverengung). Im Bereich des Willy-Brandt-Platzes sieht das Hochwasserschutzkonzept den Einbau einer Rauen Rampe vor. Diese steht im grundsätzlichen Widerspruch zur Idee einer Liegewiese. Im Bereich des Tiefufers der Aspacher Brücke besteht bereits heute die Möglichkeit sich direkt am Gewässer aufzuhalten. Diese Fläche soll im Zuge von weiteren Maßnahmen zur Gewässerattraktivierung aufgewertet werden.“

Stadtrat Vollmer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/103/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beantragen die Durchführung einer Klausurtagung im Herbst dieses Jahres zum Haushaltsplan 2027 mit dem gesamten Gemeinderat.“

Der Vorsitzende führt aus:

„Die Stadtverwaltung steht dem Vorschlag offen gegenüber. Die Beratungsfolge für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2027 wird daher im ersten Schritt dem Ältestenrat vorgeschlagen. Siehe Antrag AN 109/24“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/104/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beantragen die jährliche Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 20a Gemeindeordnung Baden-Württemberg, um die Bürgerschaft regelmäßig über strategische Entwicklungen in der Stadt zu informieren. Es soll dort über die wesentlichen Projekte der vergangenen und zukünftigen 12 Monate informiert werden und Raum für Dialog und Einwohnerbeteiligung geschaffen werden.“

Herr Ulver führt aus:

„Die Stadtverwaltung rät von der Durchführung einer zentralen Veranstaltung für die Gesamtstadt ab. Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund der Vielfalt und Komplexität der Themen eine zufriedenstellende Beantwortung von Bürgerfragen häufig nicht im gewünschten Umfang gewährleistet werden kann. Die Stadtverwaltung hat hingegen sehr gute Erfahrungen mit thematisch und räumlich fokussierten Bürgerveranstaltungen gemacht. Hier kann gezielt und umfänglich auf die Fragen, Wünsche und Anregung aus der Bürgerschaft eingegangen werden. Im Ergebnis ist eine deutlich höhere Zufriedenheit der Bürgerschaft nach solchen Veranstaltungen festzustellen. Bürgerinformationsveranstaltungen wurden bspw. zu folgenden Themen veranstaltet: geplanter Windpark Hörnle in Waldrems/Heiningen, Starkregenrisikovorsorge in der Gesamtstadt und in den Schöntalen, Laufzeitverlängerung der Deponie Steinbach, Ortsentwicklungskonzept Maubach, Entwicklungsgebiet Obere Walke, Baumaßnahmen Röntgenstraße und Blütengarten sowie diverse Infoveranstaltungen zur Einrichtung von Unterkünften für geflüchtete Menschen.“

Verwaltungsdezernent Mäule weist darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung ein sehr wichtiges Werkzeug sei. Man halte jedoch die anlassbezogene Umsetzung als geeigneter.

Stadtrat A. Bauer teilt mit, man könne sich vorstellen, die Generalversammlung zusätzlich zu den anlassbezogenen Informationsveranstaltungen vorstellen.

Der Vorsitzende erwidert, eine Generalversammlung sei nicht praktikabel umsetzbar.

Verwaltungsdezernent Mäule stellt weitere Informationen aus einer Abfrage der umliegenden Städte an.

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Stadträtin Kirschbaum tritt ab.

Der Antrag AN/105/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beantragen die Verschiebung der Planung zum Bau des neuen ZOBs auf unbestimmte Zeit. Die städtische Verschuldung lässt aus unserer Sicht in naher Zukunft kein Projekt dieser Größenordnung zu.“

Herr Großmann führt aus:

„Der Neubau des ZOB betrifft den Investitionshaushalt. Es handelt sich hier um den zentralen Bestandteil des Gesamtprojekts Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Backnang. Dieses umfasst verschiedene, zwischen der Stadt Backnang, dem Land Baden-Württemberg, dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB InfraGO AG) abgestimmte Teilkonzepte zum vollständig barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Backnang als Verknüpfungspunkt der verschiedensten Verkehrsarten sowohl für Backnang als auch für die Umlandgemeinden. Die Mobilitätsdrehscheibe hat herausragende Bedeutung für einen zukunftsfähigen ÖPNV als Basis für eine Mobilitätswende im Sinne des Klimaschutzes. Das Projekt ist in mehrere Bauabschnitte untergliedert, die einem zeitlichen Ablauf unterliegen, der sich u.a. an fest eingeplanten Sperrpausen der DB AG orientiert. Der Neubau des ZOB mit allen erforderlichen Anpassungsmaßnahmen im Straßenraum sowie die unmittelbar damit zusammenhängende Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von rund 17 Millionen Euro wurden fristgerecht zum 31.10.2025 zur Aufnahme in das LGVFG-Förderprogramm angemeldet. Die Stadtverwaltung geht von einer Programmaufnahme im Frühjahr 2026 aus. Ab diesem Zeitpunkt ist innerhalb von drei Jahren der eigentliche Förderantrag einzureichen, ansonsten verfallen die reservierten Zuwendungen. Vor dem Hintergrund des umfangreichen Abstimmungsbedarfs und des komplexen Planungsprozesses kann die Vorlage eines aussagekräftigen Förderantrags mit fundierter Kostenberechnung spätestens zum Frühjahr 2029 nur sichergestellt werden, wenn im Jahr 2028 hierfür entsprechende Haushaltsmittel bereitstehen. Eine Herausnahme der Planungsmittel bedeutet eine Verzögerung von mehreren Jahren. In Bezug auf das Empfangsgebäude hat die DB InfraGO der Stadtverwaltung Ende 2025 mitgeteilt, dass das Gebäude am Bahnhof Backnang in ein Sonderprogramm des Bundes aufgenommen wurde und umfassend modernisiert werden soll (Invest: einstelliger Millionenbereich). Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten: Anpassung der Gebäudeanschlusshöhen (Barrierefreiheit, offene und einsehbare Platzflächen), sowie der Rückbau verschachtelter Gebäudebereiche (Auflösen von Angsträumen Richtung ZOB). Dies erfordert eine gemeinsame Planung mit den anschließenden Freianlagen, die sich im städtischen Eigentum befinden. Auch hierfür ist die eingestellte Planungsrate zur Weiterentwicklung der Vorentwurfs- und Entwurfsplanung für die an das Empfangsgebäude angrenzenden öffentlichen Flächen zwingend notwendig.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Herr Ellrott tritt ein.

Der Antrag AN/106/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beantragen vor dem Kauf neuer Lizenzen die Verfügbarkeit von Second-Hand-Lizenzen zu prüfen, etwa für Microsoft Office, aber auch für andere Programme.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Bei der Beschaffung von IT-Hard- und Software sind wir darauf bedacht, nachhaltige und kostengünstige Lösungen zu finden. Tatsächlich setzen wir bereits Gebrauchtlizenzen für Microsoft Office 2024 ein und prüfen bei Neubeschaffungen gezielt, ob der Einsatz solcher Lizenzen möglich ist. Wir werden weiterhin prüfen, wo der Einsatz von Second-Hand-Lizenzen sinnvoll und rechtlich sicher möglich ist.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/107/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beantragen erneut die Prüfung von möglichen Standorten für die Aufstellung von öffentliche Basketballkörben.“

Herr Ellrott führt aus:

„Die generellen Bedarfe von informellen Sportangeboten werden im Rahmen des aktuellen Sportentwicklungsplans beleuchtet. Aus den Ergebnissen wird ein entsprechender Maßnahmenkatalog erarbeitet.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag AN/108/24 der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Wir beauftragen die Verwaltung zur Erstellung einer Satzung, nach der Automatenbetreiber verpflichtet werden, in unmittelbarer Nähe ihrer Automaten Mülleimer aufzustellen.“

Verwaltungsdezernent Mäule führt aus:

„Sollten Automaten auf öffentlicher Fläche genehmigt werden, wird künftig eine Auflage zur Müllbeseitigung ergänzt.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion wurde eingebracht:

„Die Stadt verkauft den Kindergarten in Maubach Bregenzer Straße 8 und führt sie einer Bebauung mit hohem Anteil von sozialem Wohnungsbau zu.“

Der Vorsitzende verweist auf die Beantwortung des Antrags AN/115/24.

Der Antrag der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Planungsrate neuer ZOB: Verschiebung der Mittelbereitstellung auf das Jahr 2029.“

Der Vorsitzende führt aus:

„Die Position „Planungsrate“ wird im Zuge des Haushalts 2027 neu beraten. Zu diesem Zeitpunkt steht auch fest, ob die Stadt mit dem Förderantrag „Ersatzneubau des ZOB“ erfolgreich war und bei der Programmentscheidung berücksichtigt wurde.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag der Jungen Liste wurde eingebracht:

„Städtische Wohnbau: Reduzierung des Zuschusses einmalig um 300.000 Euro; Abschmelzung der reduzierten Zuschusshöhe über die kommenden Haushaltsjahre.“

Der Vorsitzende führt aus:

„Die Schaffung von preisgebundenem Wohnraum und die energetischen Sanierungen der Bestandsobjekte ist nur mit entsprechenden Baukostenzuschüssen und Kapitaleinlagen wirtschaftlich darstellbar. Eine Reduzierung der Investitionskostenzuschüsse würde insbesondere die Schaffung dringend benötigter preisgebundener Wohnungen ausbremsen und die Umsetzung geplanter Projekte verlangsamen. Eine Reduzierung der investiven Ansätze ist damit nicht empfehlenswert.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Der Antrag der Jungen Liste wurde eingebracht:

„ZOB-Parkhaus - Dachsanierung: Aufnahme einer Planungsrate i.H.v. 100.000 € für die Sanierung des Daches des Parkhauses und Erstellung einer PV-Anlage.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Frau Braun führt aus:

„Das Dach des ZOB-Parkhauses ist dringend sanierungsbedürftig. Eine Planungsrate soll im Haushalt 2027 eingestellt werden. Für die PV-Anlage wird eine Kooperation mit den SWBK oder der Bürgergenossenschaft angestrebt.“

Stadtrat A. Bauer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 12. Februar 2026 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 17 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 16

Anfragen

Stadtrat Gül weist auf die aktuelle Beschilderung der Baustelle sowie der Umleitung am Kreisel zum Autobahnzubringer hin. Er bittet, diese übersichtlicher zu gestalten.

Verwaltungsdezernent Mäule teilt mit, dies sei geplant. Man befinde sich mit dem Regierungspräsidium im Austausch.